

Wien, am 27. November 2025

STELLUNGNAHME

zum Bundesgesetz, mit dem die Straßenverkehrsordnung 1960, das Kraftfahrgesetz 1967 und das Führerscheingesetz geändert werden (36. StVO-Novelle)

Der Blinden- und Sehbehindertenverband Österreich (BSVÖ) ist eine gemeinnützige Selbsthilfeorganisation ohne Bindung an eine Partei oder Konfession.

Er setzt sich für die Interessen von rund 318.000 Menschen mit Blindheit oder Sehbehinderung in Österreich ein.

Zentrales Ziel des BSVÖ und seiner Landesorganisationen ist es, Hilfe zur Selbsthilfe zu ermöglichen und damit ein selbstbestimmtes Leben für Betroffene zu fördern.

Ein wichtiger Schritt für mehr Barrierefreiheit, aber noch kein sicheres Miteinander

Der BSVÖ begrüßt diesen wichtigen Schritt in Richtung barrierefreie Mobilität, die in den neuen Regelungen der StVO-Novelle ausgeführt sind.

Sie stellen einen bedeutenden Fortschritt für Menschen mit Blindheit oder Sehbehinderung dar, da sie erstmals klare Vorgaben enthalten, die eine bessere Wahrnehmung und Orientierung im Straßenverkehr ermöglichen.

Die Definition der Benutzungsbereiche, die Ausrüstungspflichten sowie die Festlegung von Promillegrenzen tragen essenziell zur Verkehrssicherheit bei.

Gleichzeitig bleiben zentrale Aspekte unberücksichtigt, die für die Sicherheit der Menschen mit Blindheit oder Sehbehinderung entscheidend sind.

Sichere Querungen, geschützte Blindenleitsysteme, klare Abstellregeln, verpflichtende Schulungen und eine gemeinsame Ampelschaltung an Radwegen sind wesentliche Voraussetzungen für Menschen mit Blindheit oder Sehbehinderung, um ein inklusives und sicheres Miteinander im Straßenverkehr zu gewährleisten.

Es besteht weiterhin ein erheblicher Handlungs- und Anpassungsbedarf im Bereich der Mikromobilitätsfahrzeuge.

1. Schutz der Blindenleitsysteme

Blindenleitsysteme sind unverzichtbare Orientierungshilfen und Voraussetzung dafür, dass sich Menschen mit Blindheit / Sehbehinderung sicher im öffentlichen Raum bewegen können. Der Gesetzesentwurf enthält jedoch keinerlei Schutzbestimmungen für diese Einrichtungen.

Der BSVÖ fordert:

- ein ausdrückliches gesetzliches Abstellverbot auf Blindenleitlinien, Leitsteinen und tastbaren Orientierungselementen
- konsequente Sanktionen bei Verstößen
- verbindliche Kontrollpflichten durch die Gemeinden (in Wien insbesondere durch die MA 48 in Zusammenarbeit mit der MA 46)

2. Abstellen von Mikromobilitätsfahrzeugen

Die 36. StVO-Novelle enthält keine Regelung zur Abstellpraxis von Mikromobilitätsfahrzeugen. Falsch abgestellte Fahrzeuge führen täglich zu gefährlichen Situationen, besonders dort, wo sie Gehwege, Übergänge, Blindenleitlinien oder Orientierungspunkte blockieren.

Der BSVÖ fordert:

- klare gesetzliche Vorgaben zum zulässigen und unzulässigen Abstellen von Mikromobilitätsfahrzeugen
- kommunale Zuständigkeiten zur Entfernung falsch abgestellter Fahrzeuge
- baulich gekennzeichnete und digital kontrollierte Abstellzonen
- verpflichtendes Geofencing durch Anbieter, um das Abstellen auf Gehsteigen zu verhindern

3. Sicherheitsprüfung für die Nutzung von Mikromobilitätsfahrzeugen

Trotz der zunehmenden Nutzung von Mikromobilitätsfahrzeugen gibt es derzeit keine verpflichtende Schulung oder Prüfung, die zur Unfallprävention notwendig ist.

Nur wer die Regeln kennt, kann Verantwortung im Straßenverkehr übernehmen.

Der BSVÖ fordert:

- eine bundesweit einheitliche und verpflichtende Sicherheitsprüfung zur Nutzung von Mobilitätsfahrzeugen
- Vermittlung grundlegender Verkehrsregeln, mit praktischem Gefahrenwissen und Rücksichtnahme-Trainings
- verpflichtende Informationsvermittlung zum richtigen Abstellen der Mikromobilitätsfahrzeuge

4. Sicherheit beim geförderten Ausbau von Radwegen

Der BSVÖ begrüßt den bundesweit vorangetriebenen Ausbau von Radwegen grundsätzlich. Dennoch entstehen durch die neue Verkehrsführung, insbesondere dort, wo Fußgänger:innen zunächst einen Radweg queren müssen, erhebliche zusätzliche Risiken für Menschen mit Blindheit / Sehbehinderung.

Problemlage:

Mikromobilitätsfahrzeuge sind akustisch kaum wahrnehmbar, sodass eine sichere Lokalisation nicht möglich ist.

Es bestehen keine taktilen oder akustischen Hinweise auf querenden Radverkehr.

Radwege sind in vielen Fällen nicht in die Ampelschaltung integriert, sodass Fußgänger:innen Grün haben, der Radverkehr jedoch weiterfährt.

Diese Situationen führen zu realen, täglichen Gefährdungen und machen barrierefreie Querungen unmöglich.

Nur durch eine einheitliche Signalisierung von Fahrbahn und vorgelagertem Radweg ist eine barrierefreie und verlässliche Querung gewährleistet.

Der BSVÖ fordert:

- Bei Schutzwegen muss die Fussgänger:innen Ampel immer auch den zwischen Fahrbahn und Gehsteig liegenden Radweg mitregeln.
- Radverkehr ist während der Fußgänger:innen Grünphase anzuhalten, um Menschen mit Blindheit oder Sehbehinderung eine sichere Querung zu ermöglichen.

Kontakt

Bei Rückfragen kontaktieren Sie bitte Frau Sajida Shaon Huq-Dourdis, Leiterin der Kompetenzstelle für Barrierefreiheit unter s.huq-dourdis@blindenverband.at.